

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verkaufsstelle: Dresden, Markt 10, 1. u. 2. Stock, 1. u. 2. Etage.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Albstadt

Bezugspreis einschließlich Bringsel mit den wöchentlichen Neulagen „Rach der Arbeit“ und „Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schiffverlag: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 10 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Kompatibilität 30 Goldpf., die 30 mm breite Kompatibilität 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Reisegewerbe 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 146

Dresden, Mittwoch den 25. Juni 1924

35. Jahrg.

Englisch-Französische Kontrollnote

Berlin, 24. Juni. Die Note über die Militärkontrolle, die der englische Botschafter und der französische Geschäftsträger dem Reichskanzler am Dienstag überreicht haben, hat folgenden Wortlaut:

Chequers, den 22. Juni 1924.

Wir wünschen und in einer Frage, die unsere beiden Regierungen ernste Sorge bereitet, unmittelbar an Ihre Excellenz zu wenden. Wir haben nicht ohne größte Besorgnis erfahren, daß die deutsche Regierung vielleicht die Absicht haben könnte, auf die kürzlich wegen der Militärkontrolle in Deutschland an Ihren Botschafter in Paris gerichtete Note keine zustimmende Antwort zu geben. Gleichzeitig erhalten wir die beunruhigenden Berichte über die unangenehme und zunehmende Aktivität der nationalistischen und militaristischen Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen treffen, um in Europa neue bewaffnete Konflikte hervorzurufen. Diese Berichte sind zu zahlreich und zu substantiell, als daß man sie vernachlässigen könnte. Sie führen dazu, die öffentliche Meinung in einer Besorgnis zu befestigen, die unvermeidlich die Haltung der beiden Regierungen beeinflussen muß. Wir sind sicher, daß die deutsche Regierung, falls diese Berichte unbegründet sind, nicht nur ihre eigenen Interessen wahren, sondern auch ganz Europa einen großen Dienst erweisen wird, wenn sie an einer Untersuchung mitwirkt, die so durchgeführt wird, daß sie die Besorgnis vor geheimen militärischen Vorbereitungen zerstreut. Wir können der deutschen Regierung nicht verbieten, und wir halten es für gut, sie davon zu verständigen, daß jeder neue Versuch gegen die lokale und genaue Durchführung der Verpflichtungen aus Teil V des Vertrags von Versailles die internationale Lage gerade in dem Augenblick schwer belasten würde, in dem die Aussicht auf schnelle Inkraftsetzung des Dawes-Berichtes in allen beteiligten Ländern die Hoffnung auf eine endgültige Regelung der Reparationsfrage, die einer allgemeinen und wirksamen Befriedigung der Welt einen Teil, aufweisen läßt.

Wir bitten daher die deutsche Regierung, diese Befriedigung zu erleichtern und zu diesem Zweck zunächst mit Nachdruck und gutem Willen an der Verwirklichung der rechtmäßigen Forderungen der Militärkontrollkommission mitzuarbeiten. Es läge im eigenen Interesse der deutschen Regierung, wenn die genaue Lage in bezug auf die Entlohnung in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrags festgestellt würde. Wenn sie die Absichten von der Aufrichtigkeit ihrer Haltung überzeugen will, muß sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen Beweis hierfür zu geben, indem sie die Kontrollkommission bei der Feststellung der Tatsachen unterstützt. Wir appellieren an Ihre Excellenz, weil wir keine Gelegenheit verpassen möchten, um eine Ursache erster Schwereigkeiten zwischen unseren Regierungen zu beseitigen. Frankreich und Großbritannien haben leinweg das Bestreben, der deutschen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten oder die Kontrolle über das Maß des Notwendigen hinaus zu verlängern. Im Gegenteil, sie nehmen die Zurückziehung der Kommission für einen möglichst nahen Zeitpunkt in Aussicht. Sie wünschen lebhaft, den Mechanismus der Kontrollkommission durch das im Artikel 213 des Vertrags dem Völkerbund übertragenen Untersuchungsrecht ersetzt zu sehen, sobald sie in bezug auf die verschiedenen Punkte, die die alliierten Regierungen besonders beunruhigen, Bewegung erhalten haben. Sie verlangen nur, daß man ihren berechtigten Besorgnissen jede Beachtung zuteil werden läßt. Man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie ihre Sicherheit durch den Wegfall der Garantien gefährden lassen, die sie auf Grund der Bestimmungen des Vertrags von Versailles in Händen haben.

In diesem Geiste bringen wir erneut unsere aufrichtige Hoffnung zum Ausdruck, daß die deutsche Regierung auf die Note der Botschafterkonferenz die einzige Antwort erteilt, die der Situation und den im Vertrag festgelegten Verpflichtungen entspricht.

Gen. Gerriot, V. Ramsay MacDonald.

Der Reichskanzler hat dem englischen Botschafter und dem französischen Geschäftsträger erklärt, daß er die Note zur Kenntnis des Reichskabinetts bringen werde. Die Alliierten würden rechtzeitig, d. h. bis zum 30. Juni, eine Antwort der deutschen Regierung erhalten.

Macdonald als Verfasser?

Paris, 24. Juni. Petit Parisien erfährt, daß der Gedanke, eine solche neue Aufforderung in der Ueberwachungsfrage an Deutschland zu richten, von Macdonald stamme. Der englische Premierminister sei als Pazifist durch die Redungen aus Deutschland über Paraden und militärische Feiern beunruhigt und wünsche nicht, daß die deutsche Regierung glauben soll, er nehme derartige Redungen weniger ernst als die Franzosen. Die Note habe, so schreibt Petit Parisien, keine diplomatische Bedeutung, da sie nicht mit den anderen Alliierten vorher besprochen wurde.

Defensivbündnis der Westmächte

Brüssel, 24. Juni. Ministerpräsident Gerriot hat der Zeitung Independence Belge erklärt: Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß für den Fall eines abfälligen Angriffs Deutschlands ein Defensivabkommen zwischen Frankreich, England und Belgien geschlossen wird. Ich werde den Plan in allen Einzelheiten vor dem belgischen Ministerrat auseinandersetzen. Ich habe heute genau wie im Jahre 1914 die formelle Versicherung von Macdonald in den Händen, daß im Falle eines deutschen Angriffs England sich wiederum

an die Seite Frankreichs und Belgiens stellen würde. Auf die Frage, ob die Zulassung Deutschlands in den Völkerbund beabsichtigt sei, erklärte Gerriot, es hänge von Deutschland ab, in den Völkerbund einzutreten. Am Ende, an dem es sich den Bestimmungen über die Reparationsfrage und der Sicherheitsfrage gefügt haben werde, würden wir seine Zulassung prüfen, aber nicht vorher.

Zustimmen!

Diese mahnende und warnende Note Gerriots und Macdonalds muß aus den Situationen erklärt werden, in der sich die demokratischen Regierungen Englands und vor allem Frankreichs befinden. Diese Regierungen können sich nur halten und ihr Werk einer Verständigung durchführen, wenn sie die nationalistischen und militaristischen Kreise in ihren Ländern dauernd niederzwingen. Das kann natürlich nicht gelingen, wenn dauernd auf die deutschen militärischen Paraden, „deutsche Lage“, Woffenfunde, Revandefschreierei der Völkischen, Deutschnationalen und den ganzen Krammel der nationalistischen Kampfororganisationen verwiesen werden kann, die in ihrer Gesamtheit dem Auslande als planmäßige Kriegsvorbereitungen Deutschlands erscheinen. Das ist der Furch der nationalistischen Verhegung, daß jeder Nachschrei in einem Lande eine doppelt kräftige Antwort im andern Lande erzeugt.

Macdonald und Gerriot sind viel zu ernste Friedensfreunde, als daß sie nicht alle Mittel ins Spiel brächten, um den Frieden endlich einmal zu sichern. Sie sind an eine solche Politik gebunden, wenn sie sich überhaupt an der Macht halten wollen. Deshalb verfolgen sie nun den Weg mit allem Ernst und Nachdruck, eine offensivere und kontrollierte Sicherheit dafür zu haben, daß die nationalistischen Kreise in Deutschland ihre Kriegsdrohungen nicht verwirklichen können. Ist das durch eine letzte Kontrolle seitens der Ententeorgane gesichert, dann soll die ganze Frage der Wölfer und Regeln, in den Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied einzutreten möge. Nur so erklären Gerriot und Macdonald die Friedensgarantien durch dann folgende Friedensspalte gegeben.

Die Pariser Botschafterkonferenz hat nun im Namen aller 4 Ententemächte die abemalige Kontrolle Deutschlands in bezug auf Entlohnung unter gewissen Formen gefordert. Eine Antwort auf diese Forderung muß bis 30. Juni erteilt sein. Verweigert die deutsche Regierung die Zulassung der Kontrolle, so würde das als Eingehändnis dafür angesehen werden, daß man etwas zu verheimlichen habe, und daß an den Gerüchten der Kriegsvorbereitungen doch nicht alles unwahr sei. Der Konflikt würde erfolgen oder andere Konsequenzen würden gezogen werden. Die Nationalisten Frankreichs und Belgiens lauern nur

darauf, daß die deutsche Regierung obliegt. Das wäre ein gefundenes Fressen, da würde der Weigen der Völkischen blühen und die englischen Konservern würden wieder hoffen. Die Reaktion in Frankreich und England lebt nur von Konflikten, die deutsche Unflughheit schüren soll. Deshalb glauben sich Gerriot und Macdonald berechtigt, der deutschen Regierung eindringlich die Notwendigkeit der Niederlegung aller Sehgerüchte durch Bestätigung und Förderung der offenen Kontrolle anzuraten. Es ist das zweifellos ein ungewöhnlicher Schritt, aber er ist nicht aus feindseligen Motiven getan, sondern aus wohlmeinenden. Eine andre Erklärung verbietet sich angesichts der demokratischen und pazifistischen Traditionen der beiden führenden Staatsmänner und der hinter ihnen stehenden Parteien.

Es liegt an der deutschen Regierung, diesen Weg zur Befriedung Europas nicht zu verbauen. Die Regierung Marx möge in der gebotenen Form den Ententeorganen die Ueberzeugung heibringen, und ermöglichen, daß das deutsche Volk keine Kriegsvorbereitungen betreibt. Mehr noch, daß die verantwortliche Regierung das Treiben der nationalistischen Revandefschreier nicht länger zu dulden gewillt ist. Das muß der Sinn der Antwort sein. Eine Erniedrigung und Schandung des deutschen Volkes liegt nicht darin, wenn es der Entente, die bereits in gewissem Sinne im Namen des Völkerbundes handelt, die Ueberzeugung ermöglicht, daß es keine gewalttätige Revandepolitik vorbereitet, sondern daß es zu Sicherheits- und Friedensspalten bereit ist und den Frieden Europas, gesichert durch Verträge, aktiv fördern will.

Das schaffende Volk fordert, daß die Reichsregierung die Feststellung von Deutschlands Friedenspolitik nicht hindert, sondern positiv daran mitwirkt. Die Note der Entente muß also auf diesem Stand beantwortet werden.

Soweit bisher erkennbar, hat die Regierung Marx andeuten lassen, daß sie sich dieser Schlußrevision über die Entlohnung, die der Versailler Vertrag vorsieht, nicht entziehen wolle. Alle Gerüchte über eine Weigerung sind bisher nur nationalistische Erfindung und — Föpfung.

Die Verhandlungen mit Belgien

Brüssel, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gerriot ist hier mit stürmischer Begeisterung aufgenommen worden. Er hat mit den Ministern die gesamte Lage und Reparationsfrage besprochen. In der offiziellen Note heißt es, daß alle Fragen, Sachverständigenurteilen, Austausch der Fäden, Reparationsfrage, Sicherheitsfrage usw. geprüft wurden, daß die Verhandlungen zur Hoffnung eines Zusammengehens Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens berechtigten. Die alliierten Regierungen in Brüssel werden in einem aufrichtigen Geiste enger Freundschaft und gegenseitigen Vertrauens geführt. Sie haben den Windrad hinterlassen, daß ein ernster Fortschritt erzielt wurde und daß die nächste Konferenz imstande sein wird, das Reparationsproblem einer baldigen Lösung entgegenzuführen.

Unzufriedene Agrarier

Landbunthauptlinge beim Kanzler

Beim Reichskanzler Marx sprachen am Dienstag die Führer des Landbundes, die Herren Graf Kalkreuth, von Goldacker, von Rüdiger und Stubbenhof vor, um ihre Klagen über die Not der Landwirtschaft vorzubringen. Sie wiesen auf die Gefahren hin, die durch Mangel an adäquaten für die Landwirtschaft entstehen könnten und stellten die Frage, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um der drohenden Katastrophe Einhalt zu gebieten. Sie forderten gindlose Stundung der Steuern bis nach Einbringung der Pachtstücke, Entlastung der Reichsregierung gegen die gefehwirdige Steuerbelastung der Landwirtschaft durch die Einzelsteuern (preußische Hauszinssteuer, sächsische Jugitersteuer, braunschweigische Grundsteuer), grundsätzliche Prolongation der laufenden Kredite bis zur Deckungsmöglichkeit durch langfristige Kredite, Befreiung aller steuerlichen Benachteiligungen der Landwirtschaft gegenüber anderen Berufsständen, unverzügliche Bereitstellung eines weiteren nennenswerten Kredits an die Landwirtschaft zur Einbringung der Getreide. Ferner forderten die Herren von allen Seiten nach revolutionärer Wirtschaftspolitik. Die deutsche Wirtschaft produziere heute 20 Prozent teurer als das Ausland, was nach der Anschauung der Herren Agrarier auf die seit Jahren erfolgte Abdröpfung der deutschen Produktion und nicht zuletzt auf „porridemagogische Theorien“ zurückzuführen sei. Es habe an Wert gefehlt, in Deutschland einmal die Dinge beim wahren Namen zu nennen, daher sei unverzüglich Rückkehr zu den Grundfragen reiner wirtschaftlicher Vernunft und zum allgemeinen Schatz nationaler Arbeit auf gleicher Basis in der Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe der Weg zur Rettung.

Mit dem Ergebnis der mehrstündigen Unterhaltung mit dem Reichskanzler sind offenbar die Landbunthauptlinge sehr wenig zufrieden. Sie haben der Kel-Union erklärt, das Resultat der Aussprache erscheine nicht dazu angetan, die im Lande vorhandene und berechtigige Erregung zu beschwichtigen und die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion zu gewährleisten. Die Führer der Landwirtschaft hätten noch einmal in letzter Stunde gewarnt, die Regierung trage nun die Verantwortung.

Die Agrarier fahren also sehr schweres Geschütz auf. Wir sind es seit jeher gewohnt, daß die Herrschaften das Schreien, Schreien und wieder Schreien sehr gut verstehen, wenn sie ihre Wünsche durchsetzen wollen, und beschreiben sind die Herrschaften

wahlich auch jetzt mit Ihren Forderungen nicht. Bei alledem muß zugestanden werden, daß es heute den Landwirten nicht so gut geht, wie es ihnen in den letzten Jahren gegangen ist. Wie andere Kreise der Wirtschaft leiden auch sie unter der schweren Kreditnot und einige ihrer Produkte, so Getreide und Vieh, müssen sie unter dem Friedenspreis abgeben, während viele Industrieerzeugnisse, die sie kaufen müssen, über dem Friedenspreis stehen. Daß die Kreditnot der Landwirte eine Gefahr für die Volksernährung bedeutet, kann nicht abgelehnt werden, und wenn die Regierung Mittel in der Hand hätte, die Kreditnot zu beseitigen, so möchte sie natürlich davon Gebrauch machen. Nur darf natürlich nicht zugunsten der Landwirte etwa die Notenpresse in Bewegung gesetzt werden. Wenn die Herren Agrarier wünschen, daß die Kreditnot möglichst beseitigt wird, so sollten sie sich vor allem an die Parteien wenden, die ihre Interessen in den Parlamenten vertreten wollen, so vor allem an die Deutschnationalen. Es besteht am ehesten Aussicht auf Milderung der deutschen Kreditnot, wenn das Sachverhältnis in den nächsten Tagen recht schnell angenommen wird. Im Interesse der Landwirtschaft würde es liegen, wenn die Rechtsparteien einer möglichst baldigen Annahme des Sachverhältnisses entgegenstehen keinen Widerstand leisteten.

Die niedrigen Preise für Agrarprodukte möchten die Herren Agrarier durch neue Schutzdölle beseitigt sehen und deshalb sprechen sie auch von dem „allgemeinen Schatz nationaler Arbeit“. Aber Schutzdölle sind ein schlechtes Mittel zur Befreiung der Wirtschaftslage zwischen den Preisen für Agrar- und Industrieerzeugnisse. Das darf nicht dadurch beseitigt werden, daß man die Preise der Agrarprodukte künstlich erhöht, sondern die Industrieerzeugnisse müssen herunter und es hat auch den Vorzug, als ob es der wirtschaftlichen Kreditpolitik gelingen würde, eine Herabsetzung der Preise zu erzwingen. Eine Herabsetzung der Agrarprodukte macht eine Erhöhung der Löhne notwendig und demnachert dadurch entweder die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie oder es wird die Kaufkraft und die Leistungsfähigkeit der Arbeiter herabgesetzt, in jedem Fall wird unsere Volkswirtschaft schwer geschädigt. Außerdem kommen Herabsetzungen gewöhnlich nur kurzzeitig gut, die gerade zur Zeit der Herabsetzung Grundbesitzer sind, weil die infolge der höheren Preise zu erwerbende höhere Grundbesitzer in den Bodenpreisen davon genommen wird, so daß derjenige, der